

Viele Familien feiern heuer bescheiden

Die Kirche hat für die meisten Menschen in Österreich während der Corona-Krise an Bedeutung verloren – eine Umfrage zeigt aber, dass das Weihnachtsfest für ein Fünftel der Menschen wichtiger geworden ist.

Conrad Seidl

Wegen Corona wird Weihnachten nur im engsten Familienkreis gefeiert, größere Familienfeiern finden wegen Corona nicht statt. Dieser Aussage schließen sich 30 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher in einer in dieser Woche durchgeführten Umfrage der Paul-Lazarusfeld-Gesellschaft an.

Es sind besonders die Befragten im Alter von 60 und mehr Jahren, die kleinere Familienfeiern bevorzugen. In dieser Altersgruppe stimmen 46 Prozent der Aussage zu – und 38 Prozent der Seniorinnen und Senioren sagen auch, dass sie generell mit weniger Leuten feiern werden. In der Gesamtbevölkerung sind es immerhin 27 Prozent.

Augenmerksamer weniger wirksam

In derselben Umfrage wurde auch erhoben, ob die staatlichen Auflagen zu Weihnachten und zu Silvester zu einem veränderten Verhalten führen würden. Zwei Drittel sehen sich von Auflagen ausdrücklich nicht eingeschränkt – 28 Prozent aber doch. Hier sind es vor allem die jüngeren Befragten, die sich in höherem Maße eingeschränkt fühlen.

Jeder Fünfte sagt, dass er oder sie einen PCR-Test mache, bevor es zu einem weihnachtlichen Treffen geht, vor Silvesterfeiern (soweit diese überhaupt stattfinden) planen das zwölf Prozent. Von den Menschen, die man zu Weihnachten oder zu Silvester zu treffen vorhat, erwartet nur jeder Neunte, dass diese sich ebenfalls testen lassen. Die Testbereitschaft steigt mit höherem Bildungsstand der Befragten – und sie ist in Wien fast doppelt so hoch wie in kleinen Landgemeinden.

16 Prozent nennen Corona auch als Grund, warum sie zu Weihnachten nicht in die Kirche gehen.

Wichtiges frohes Fest

In einer anderen Umfrage hat das Market-Institut für den STANDARD die Bedeutung des christlichen Glaubens und der Kirche in der Corona-Krise erhoben.

Dabei stimmten fünf Prozent völlig und weitere 14 Prozent überwiegend der Aussage zu, dass das Weihnachtsfest für sie in der Corona-Krise wichtiger geworden ist als in an-

Wie heuer Weihnachten gefeiert wird

Frage: Was wird heuer bei Ihnen an den Weihnachtsfeiertagen anders sein als in einem „normalen“ Jahr?

Wegen Corona ...



Quelle: Market im Auftrag der Paul-Lazarusfeld-Gesellschaft, n = 1.000 repräsentativ für die weihnachtliche österreichische Bevölkerung. Online-Befragung. Erhebungszeitraum: 20. bis 22. Dezember 2021. Prozentzahlen (kaufm. gerundet) | DERSTANDARD

deren Jahren. Andererseits sagen sechs Prozent, dass sie sich gerade jetzt völlig (weitere acht Prozent teilweise) von der Kirche abgewendet hätten. DERSTANDARD hat seit Ostern des Vorjahrs auch mehrfach fragen lassen, ob die Kirche in Österreich und der Papst in Rom gut auf Corona reagiert hätten.

Schlechte Noten für Kirche

Im April 2020 gaben noch acht Prozent der Kirche ein „sehr gut“, aktuell sind es nur noch drei Prozent. Ähnlich sank die Bewertung des Papstes. Allerdings stimmen weiterhin 15 Prozent völlig und 21 Prozent überwiegend der Aussage zu, dass Gott „in schweren Zeiten der Corona-Krise“ wichtig wäre.

Als Form der Befragung wurde eine Benotung nach dem Schulnotensystem gewählt: „Aktuell ist Österreich und viele andere Länder von der Corona-Krise erfasst. Hier sehen Sie nun einige Aussagen zu Glauben und Kirche in Zeiten der Corona-Krise: Wie sehr stimmen Sie diesen Aussagen zu? Sagen Sie mir dies bitte mit einer Schulnote von 1 bis 5: 1 bedeutet ‚stimme voll und ganz zu‘, 5 bedeutet ‚stimme ganz und gar nicht zu.“

■ Die höchste Zustimmung – mit der Note 2,52 – gab es zu der Aussage „Durch die Corona-Krise machen sich mehr Menschen Gedanken über den Tod“.

■ An zweiter Stelle kommt: „Priester sind wichtige Seelsorger für lebensbedrohlich erkrankte Menschen“ – Gesamtnote 2,61. Zu Beginn der Krise, in der Karwoche 2020, lag die Note bei etwas besseren 2,41. Die höchste Zustimmung kommt von erklärten ÖVP-Wählern mit 2,29.

■ Nur zwei Prozent stimmen voll der Aussage zu, dass sie wegen Corona öfter beteten – Gesamtnote für das Beten: 4,15.

Dass das die Medien beherrschende Thema Corona dazu geführt hat, dass Skandale in der Kirche jetzt weniger Beachtung finden, wird von beinahe der Hälfte der Bevölkerung so wahrgenommen. Allerdings meint nur jeder Zehnte, dass die Kirche diese Zeit zumindest ein wenig genutzt hätte, um die Skandale aufzuarbeiten.

PR-Berater Fußi freigesprochen

Auf Polizei-Tweet folgte Anklage wegen Beleidigung

Wien – „Da die LPD Wien besser darin ist, unbescholtene Jugendliche zu verprügeln, als Maskenpflicht durchzusetzen, sind nun Polizeihunde im Einsatz. Die sind wahrscheinlich auch intelligenter als der Durchschnittsmitarbeiter der LPD Wien. Was sollen die Hunde tun? Masken kontrollieren?“ Diesen Tweet setzte der PR-Berater Rudi Fußi heuer im Frühjahr ab. Das brachte ihm eine Klage ein.

Kanzler Karl Nehammer (ÖVP), damals Innenminister, bezeichnete die Zeilen als „unzumutbar“. Das Ministerium wollte die Sache vor Gericht aufschicken. Am Tag vor Weihnachten wurde Fußi freigesprochen.

Vor Gericht musste sich Fußi wegen übler Nachrede und Beleidigung verantworten. Die Verhandlung verlief laut Angaben des PR-Beraters dann „relativ einfach“. Es ergebe sich ja aus dem Gesamtkontext, dass er nicht tatsächlich der Meinung seines Tweets sei. Tatsache sei, dass die Maskenpflicht bei einer

damaligen Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung nicht eingehalten worden sei. Die Räumung der Schülerproteste gegen eine Abschiebung in der Wiener Zinnergasse Ende Jänner, bei der Polizeihunde eingesetzt wurden, sei ebenfalls nicht sanft verlaufen.

„Überschießende Kritik“

Auch deshalb habe das Gericht entschieden, dass es sich um keine Beleidigung, sondern um eine „überschießende formulierte Kritik“ handle, erklärt Fußi. Die Staatsanwaltschaft Krems kann allerdings noch Berufung anmelden.

Zuvor bekam Fußi schon vor der Datenschutzbehörde recht. Laut dieser verletzen der damalige Minister Nehammer und das Ministerium sein Recht auf Geheimhaltung mehrfach, indem in dieser Causa Fußis persönliche Daten auf der Ministeriumswebsite, via Twitter-Account des Ressorts und in einer Aussendung verbreitet wurden. (jan)

Hubschrauber werden deutlich teurer als angekündigt

Wien – Der Kauf von 18 Hubschraubern vom italienischen Verteidigungsministerium – ein sogenanntes Government-to-Government-Geschäft, wird deutlich teurer als die ursprünglich ins Auge gefassten 300 Millionen Euro. Das Verteidigungsministerium hat diese Woche den Vertrag zum Kauf des Systems Leonardo AW169M unterzeichnet. Dabei ist das Volumen des Geschäfts auf 350 Millionen Euro netto gestiegen. Grund dafür sind Zusatzinvestitionen wie etwa Ersatzteile oder eine Selbstschutzausrüstung. Zu den 350 Millionen kommen noch Steuern und Investitionen in die Hangarrichtung und ein Simulatorgebäude.

Die neuen Hubschrauber sind als Ersatz für die leichten Verbindungs- und Transporthubschrauber Alouette III vorgesehen, die 2023 ausgedient werden.

Die Hubschrauber werden nach einer Einschulungsphase ab 2023 einsatzfähig sein. (red, APA)

Klagsdrohungen zurückgezogen

Stadt Wien: Schreiben an junge Aktivist:innen ein „Fehler“

Wien – Die Stadt Wien hat ihre Klagsandrohungen an minderjährige Unterstützer des Demonstrations-Camps gegen die Stadtstraße zurückgezogen. Das bestätigte die Wiener Planungsstadträtin Uli Sima (SPÖ) am Donnerstag.

In den vergangenen Wochen hatten dutzende Personen, die sich an den Besetzungen von Baustellen des umstrittenen Straßenprojekts in der Donaustadt direkt oder indirekt beteiligt hatten, geharnischte Post von einer Anwaltskanzlei erhalten. In den Schreiben wurden sie von der Stadt Wien aufgefordert, die Camps sofort zu räumen. Andernfalls würden rechtliche Schritte eingeleitet und die „entstandenen Schäden“ in Millionenhöhe von den Aktivist:innen und Aktivist:innen eingefordert.

Unter den Empfängern befanden sich etwa auch eine 13-jährige und eine 14-jährige Schülerin, was für besondere öffentliche Empörung sorgte. Diese Briefe seien ein Fehler ihres Anwalts gewesen, sagte Stadt-

rätin Sima nun am Donnerstag via *Kronen Zeitung*. Zudem lädt Sima die Betroffenen zu einer Aussprache ein: „Ich möchte mich persönlich entschuldigen.“

Volljährige weiter betroffen

Die Grünen, die NGO Greenpeace sowie die Initiative „Lobau bleibt“, die maßgeblich an den Besetzungen beteiligt ist, begrüßen Simas Ankündigung in jeweils eigenen Aussendungen als Schritt in die richtige Richtung.

Allerdings sei das Einlenken der Wiener SPÖ zu wenig weitreichend, zumal die angedrohten Forderungen gegen volljährige Aktivist:innen, aber auch Wissenschaftler, die die Anliegen der Camps unterstützen, weiterhin bestehen. „Es wird Zeit, dieses beschämende Kapitel in der Geschichte der Sozialdemokratie zu beenden und die Klagsdrohungen gegen alle Betroffenen zurückzunehmen“, sagte dazu Klara Maria Schenk von Greenpeace. (red, APA)